

Landwirtschaft

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Landwirtschaft“ erscheint an jedem Dienstag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis (einschl. Porto) beträgt 3.00 Reichsmark. Einzelhefte 1.00 Reichsmark. Ein Jahr 36.00 Reichsmark. Ein halbes Jahr 18.00 Reichsmark. Die Preislisten sind in jeder Ausgabe beiliegend. Die Preislisten werden nach Ablauf jedes Monats, die Liste 1.03 Reichsmark.

Die Preislisten, die im gleichen Umfang in der „Allgemeinen Zeitung“ erscheinen, betreffen die Ausgabe. Derzeitige Preisdruckerei ist die Druckerei der „Allgemeinen Zeitung“ in Halle. Druck-Verlag: „Allgemeine Zeitung“ in Halle. Druck-Verlag: „Allgemeine Zeitung“ in Halle.

Neues in Kürze.

Probiermaschinen und Radiotelegramme.

Nach den vorläufigen amtlichen Ermittlungen beträgt die Gesamtzahl der Eintragung für das Volksbegehren 12.512.140. Die Resultate aus den vier Wahlkreisen sind folgende: Ostpreußen 165.774, Niederbayeren 61.822, Westfalen 159.427 und Hamburg 395.856.

Der Redakteur der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung“, Gäßler, ist am Dienstag auf Veranlassung des Oberreichsanwalts auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik wegen Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet worden. Gäßler soll nach Leipzig überführt werden.

Bei den gestrigen ErwerbslosenDemonstrationen der Kommunisten in der Reichshauptstadt mußte die Polizei 18 Verhaftungen vornehmen. Manche Straßen, wie die „Ausseestraße“, waren fast anderthalb Stunden von den Demonstranten gesperrt, die ihren Geschäftsvorkehr unmöglich machten. Auch die Handwerker nahmen an den Demonstrationen teil.

Die Zahl der um Unterfertigung eingekommenen Altersrenten, die durch die Inflation und Wertschwund vermindert sind, hat sich in Großberlin in den letzten zwei Monaten verdoppelt.

Im bayerischen Landtag wurde gestern ein Antrag der Koalitionsparteien eingebracht, die von der Senkung der Landessteuern vorzuehen. Die Beratungen der Regierung über die Staatsverwaltungsvereinfachung fortgesetzt.

Ueber den Besuch des baltischen Volkshäufers Soesbe bei Bizand meldet das Pariser Journal, daß in Verfolg der Redeprache der Oberste Militärat in Versailles am kommenden Mittwoch zusammenzutreten wird, um die deutschen Wünsche nach weiteren Abwärmmaßnahmen im baltischen Gebiet zu diskutieren.

Wie wir erfahren, sind aus Zürich zwei belannte Gelehrte der Universitätsämtern nach Rom berufen worden, um eine Konvention des Ministerpräsidenten Mussolini vorzunehmen. Es scheint sich somit zu bestätigen, daß Mussolini an einer schweren inneren Krankheit leidet, die eine Operation notwendig macht. Unkündig verlautet, daß ein belannter Berliner Chirurg die Operation Mussolinis abgelehnt habe.

Wie aus Mailand gemeldet wird, haben fünf Gemeindegemeinschaften in Vico, Verona, Brescia, und Rimini mit dem Verbot der bisherigen fiktionalen Mandate gesendet. Die Wahlbeteiligung erreichte bis 95 Prozent.

Wie die Londoner Daily Telegraph aus unverlässiger Quelle meldet, hat Zugalolen 500.000 Markenerwerbe bei englischen Firmen mit beschränkter Haftung bestellt. — Bekanntlich hat Mussolini das Jahr 1926 wiederholt als „napoleonisches“ Jahr bezeichnet!

Die Belgischer Nachrichten von dem bevorstehenden Abschluß eines Vertrages und eines Militärrabkommens zwischen Südslawien und Frankreich erregen in Italien Verwirrung, nachdem man hier geglaubt hatte, auf Südslawien absolute Gefolgschaft zählen zu können. Um so härtere Verurteilung sind zu erwarten, da Österreich bei den schwebenden Verhandlungen in gänzliche Abhängigkeit von Italien zu bringen.

Der Pariser Herald meldet aus Rio de Janeiro: Ein Auswärtiges Senatsauschluß teilte der Ministerpräsident mit, daß Brasilien der Herdigung des Weltverbandes durch greifende Reformpläne vorliegen wird, über die Verhandlungen bereits im Gange sind.

Aus China wird gemeldet, daß Liangschin, der Beherrscher der Mandchurien, einen entscheidenden Sieg über die Jogen. Nationalarmee des Russenreiches General Feng erfochten hat. Nach einer Meldung aus Peking hat General Liangschin auf den Kopf des Generals Feng einen Preis von 1 Million Dollar ausgesetzt.

Rettung der Landwirtschaft ist Rettung der Wirtschaft!

Erklärungen des Reichsernährungsministers.

Auf der Tagesordnung des Reichstags stand gestern die zweite Lesung des Haushalts des Reichsernährungsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

Herr Dietrich-Baden (Dem.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses, der u. a. zur Behebung der Kreditnot eine Ermäßigung des Zinsfußes von 1/2 Proz. auf 5 1/2 Proz. fordert, und der empfiehlt, den Gütermarkt aufmerksam zu verfolgen. Bei Zwangsversteuern, namentlich großer Güter, soll

die Möglichkeit des Ankaufs durch das Reich erzwungen werden. Angeregt wird, den Bau von Fischdampfern mit Geleitzulassung zu fördern.

Minister für Ernährung und Landwirtschaft Haslind:

Die Landwirtschaft hat aus den verhungerten Böden das Letzte herausgeholt, damit eine Hungersnot verhindert und uns dem Ziel nähergeführt: der Ernährung des Volkes aus eigener Scholle.

Durch die weitere Beschränkung der Einfuhr ausländischer Nahrungsmittel muß die deutsche Handelsbilanz aktiviert werden. Während früher Industrie und Landwirtschaft im frischen Wettlauf standen, geht es jetzt um die Erzeugung unserer Landwirtschaft.

Bei der letzten Zollvorlage habe die Landwirtschaft nur einen ungenügenden Zollschutz erhalten, der ihr bei den Ernteverhältnissen keinen Nutzen bringen konnte. Mein Wunsch ist, den Zollschutz zu erhöhen, die Landwirtschaft weiter geschäftlich zu fördern. Der Minister erklärt, er werde sich persönlich dafür einsetzen, daß die Landwirtschaft bei künftigen Handelsverträgen die notwendige Berücksichtigung ihrer Notlage finde, und daß ihr der erforderliche Zollschutz nicht verweigert werde. (Beifall rechts.)

Die Landwirtschaft habe unter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise am meisten gelitten. Die Hilfe müsse von der Kreditseite kommen. Angeht es bei der gegenwärtigen Krise an der Landwirtschaft, so ist die Hilfe der Kreditseite zu suchen. Die Hilfe der Kreditseite ist durch langfristige Kredite nicht auszureichen.

Für einen Teil der überflüssigen Betriebe werde bis zur nächsten Ernte Hilfe kaum noch möglich sein, aber man werde weitgehend das Gros der Landwirtschaft über die schlimmste Zeit hinwegbringen können. Die notwendige Steigerung der Preise der Landwirtschaftsprodukte brauche nicht zu einer Belastung der Verbraucher zu führen, denn gerade hier könne die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen sehr vermindert werden. Den Maßnahmen der Steigerung des Pflanzenertrages werde die Regierung jede Unterstützung gewähren.

Der Fleischverbrauch habe sich schon wieder auf 88,4 Proz. der Vorkriegszeit gehoben. Die Besorgung mit Geflügel sei auszureichen. Mit Rücksicht auf die gestiegenen deutschen Fleischpreise werde eine Erhöhung des Kontingents der polnischen Geflügelfleischimporte für die nächsten Monate notwendig sein. Eine solche Erhöhung werde auch nicht bedauert. Unzureichend sei die außerordentlich geringe Einfuhr von Milch und Wollereiprodukten. Der Einfuhrverbot von Milch betrage im Jahre 1925 538.702.000 M., gegen 188.000.000 M. im Jahre 1913. (Beifall links!)

Ein ausweichender Zollschutz für Butter und Käse werde zur Steigerung des heimischen Milchabflusses unvermeidlich sein (Beifall rechts). Daneben müsse die Bevölkerung mehr als bisher über den hohen Wert der Milch als Nahrungsmittel aufgeklärt werden. Der Minister betont, daß sich zu diesem Zweck ein Reichsausschuß unter seinem Vorsitz gebildet habe.

Herr Schmidt-Berlin (Soz.) die Landwirtschaft sei in einer Krise, aber es sei eine Umkehrzeitung, von einem Zusammenbruch zu reden. Wiewohl habe die Arbeiterzeitung einen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu beklagen (Zustimmung links).

Herr Stubbendorff (Dn.): Der neue Minister finde einen Trümmerhaufen vor. Man werde die Not der Landwirtschaft anerkennen, aber Parteipolitik und Wichtigtuerei verhindern durchgreifende Maßnahmen. Die deutsche Landwirtschaft sei am Zerbrechen, die Verbeugung wiesch erschöpft, die Kleinrenten hier und dort bereits aufgehoben. Der Getreidebau sei höchst unrentabel.

60 Millionen Zentner Kartoffeln sind als Ersatz für den Verkauf vorgelagert.

Der Obst-, Gemüse- und Weinbau habe sich im letzten Jahre wegen der niedrigen Preise nicht gelohnt. Erhöhen werden die Handelsverträge immer wieder auf Kosten der Landwirtschaft abgeschlossen. Das sei dem Einfluß des Herrn Stresemann zuzuschreiben, der außenpolitische Erfolge auf Kosten der Landwirtschaft juche.

Dabei sei die deutsche Landwirtschaft ein viel höherer Verbraucher der deutschen Industrie als das Ausland. Die Landwirtschaft ist unter gewissen Bedingungen vollkommen in der Lage, Deutschland in seinem Nahrungsmittelbedarf vom Auslande unabhängig zu machen. Die Industrie würde durch das Niederdrücken der Landwirtschaft ihren besten Kunden verlieren.

Herr Feilmayer (Ztr.) gibt zu bedenken, daß die Anrufung der deutschen Industrie nicht gelingen wird, wenn man vorher nicht die deutsche Landwirtschaft wieder rentabel gemacht hat. Die deutsche Landwirtschaft ist heute der einzige auslandische Produktionsfaktor der deutschen Wirtschaft. Sie ist bei pflichtiger Behandlung durchaus imstande, das deutsche Volk auf eigener Scholle zu ernähren. Die Regierungsmaßnahmen waren auf Zollschutz der Industrie gerichtet, aber der Landwirtschaft wurde geradezu das Betriebsvermögen entzogen. Die polnische Geflügelfleisch-einfuhr bedeutet eine große Schädigung der heimischen Viehwirtschaft. Das aus Geflügelfleisch hergestellte Fleisch müsse deutlich als solches gekennzeichnet werden.

Die Reichsregierung habe im letzten Jahreshaushalt mit der Landwirtschaft geradezu Mißwirtschaft getrieben, besonders beim Wächter der Handelsverträge.

Herr Hasenauer (Dn.) bedauert die Steigerung der Lebensmittelpreise. Die Landwirtschaft müsse endlich wieder rentabel gemacht werden. Das Verhältnis in den Preisen der landwirtschaftlichen und der Industrieprodukte ist in Wirklichkeit weit größer, als aus den Indexziffern hervorgeht. — Die Ausführungen des Redners werden durch

einen Zwischenfall

unterbrochen. Von der Mitteltribüne läßt plötzlich eine Frau ein großes gelbes Plakat an einer langen Säule in den Sitzungssaal hinstellen. Die Abgeordneten werden nach und nach auf diesen Vorgang aufmerksam und erheben Protestrufe. Schließlich wird auch Vizepräsident Dr. Well auf den Vorgang hingewiesen und ordnet die sofortige Hinausführung der Frau an. Diese hat inzwischen das Plakat in der Saal gemorfen und wagt sich nunmehr die Tribüne zu verlassen. Es entsteht dabei im Sitzungssaal große Erregung. Die Abgeordneten springen entsetzt von ihren Plätzen auf. Hr. Lauerzeng (Dn.) tritt energig auf: „Kaus! Andere Abgeordnete stimmen ihm zu. Die Kommunisten antworten mit lebhaften Gegenrufen. Schließlich tritt wieder Ruhe ein.

Herr Bachmeier (Wirt. Berg.) gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der neue Minister sich auch dem Wirtschaftsminister gegenüber als der „harte Mann“ erweisen werde, wie er heute verproben habe. Der Redner schildert besonders die Notlage der Kleinbauern.

Angenommen wird ein Antrag auf Einschränkung der Pferdeeinfuhr und Anträge im Interesse der Geflügelerei. Nach weiterer Aussprache wird der Haushalt des Ernährungsministeriums genehmigt. Nach nahezu einstündiger Sitzung verläßt sich das Haus.

Streitfrage in England.

Der Sekretär des englischen Bergarbeiterbundes Cool gibt in einer Rede über die Möglichkeit des Streikausbruchs am 1. Mai: Die Bergarbeiter hätten Vorkehrungen getroffen, daß nicht eine einzige Tonne Kohle in England gefördert würde, sofern nicht die Entscheidung der Regierung für die Bergleute zufriedenstellend sei und das keine Kohle aus Amerika oder Deutschland nach Großbritannien eingeführt werden könne. Die Bergleute wollten nicht länger Sklaven sein und lieber Hunger leiden als irgendwelche Lohnverordnungen annehmen.

Der englische Rohlenbergbau kündigt die Entlassung 120.000 Kohlenbergarbeiter zum 1. Mai an, falls die Regierung der Bergwerksbesitzer von der Regierung nicht zugestanden wird. Zum gleichen Termin werden 32 englische Kohlenwerke stillgelegt.

Ein Haus für 1800 Mk.

Englische Wohnungsnot und ihre Bekämpfung. (Von unserem Londoner Vertreter.)

„Mitteilungen, die wir in der Londoner „Daily Mail“ fanden, veranlassen uns, unseren Londoner Berichterstatter um nähere Angaben zu erfragen. Es ging uns darauf der nachstehende Bericht zu, der besonders Interesse beanspruchen dürfte, da bei uns eine ähnliche Wohnungsnot wie in England herrscht und auch bei uns der Gedanke an Stahlhäuser sowie neuerlich der Betonhäuser häufiger auftaucht.

Ob die Errichtung solcher Betonhäuser denn jetzt ganz außerordentlich billiger Preises wirklich der Weg zur Bekämpfung der Wohnungsnot sein kann, sei den Fachleuten zur Entscheidung überlassen; immerhin muß man sich wundern, daß ein so wichtiger und fundamentaler Bedarfsartikel wie das Haus in dem sonst so fortschrittlichen 20. Jahrhundert im großen und ganzen noch in der gleichen altgewohnten Art wie vor Jahrhunderten hergestellt wird. Und wenn die moderne Technik wirklich Möglichkeiten gefunden hat, das Häuserbauen zu vereinfachen und zu verbilligen, so wird weder in England noch sonstwo ein Überhand der Interessentenkreise den Fortschritt aufhalten können, vielmehr wird es in ihrem eigenen Interesse liegen, daß sie sich die modernen Baumöglichkeiten zunutze machen, ehe andere Kreise ihnen zuvorkommen. Und je eher das bei uns geschieht, desto besser für unser unter der Wohnungsnot schwer leidendes Volk.

Unser Londoner Vertreter schreibt: „Auch in Großbritannien ist die Wohnungsnot akut, und Regierung, Municipalitäten und Baufirmen machen verzweifelte Anstrengungen, sie zu lindern. Am schlimmsten ist die Lage in Southampton, wo nun rund 5 Mill. Einwohner 400.000 in Einzimmerwohnungen, 1.950.000 in Zweizimmerwohnungen wohnen. Die Regierung hat zur Lösung des Problems ihr Wohnungsgebiet von 1925 herausgegeben, daß die Unterungsverhältnisse zu regeln sucht und allgemeine Richtlinien zur Behebung der Not und Anspornung der Bauwirtschaft enthält. Die Bestimmungen des Gesetzes wurden zum Teil durch die Haltung der Bauarbeitergewerkschaften veranlaßt, die durch Streiks und Forderungen auf geeignete Lohn- und Arbeitsbedingungen die Bauwirtschaft während der letzten Jahre hart gesemmt hatten.

Unter besonderer Begünstigung der Regierung wurde u. a. die Massenfabrikation von Stahlhäusern aufgenommen, deren Kaufpreis sich auf 5000 bis 9000 M. stellt, je nach Größe des Hauses und Anzahl der Zimmer, und deren Herstellung natürlich nicht Sache des Baugewerbes, sondern der Stahlindustrie ist. Es gibt da Erzeugnisse verschiedener Fabriken, von denen die belannteste die Firma Weir & Co. in Glasgow ist, die die sogenannten Weir-Stahlhäuser baut. Sie bestehen aus einem Rahmen aus Holz mit Stahlplattenbelag für die Außenwände. Das normale Stahlgewicht zum Preise von etwa 7000 M. enthält vier Zimmer und die nötigen Neben-einrichtungen.

Diese Stahlhäuser sind seitens der Arbeiterschaft nicht mit gleichem Interesse aufgenommen worden. Es spielen dabei auch politische Gründe und die erbitterte Opposition der Bauarbeitergewerkschaften mit, die feststellen mußten, daß die zum größten Teil ungeschulten Arbeiter, die zur Zulammenführung der Häuser verwendet werden, sich mit geringeren Löhnen begnügen als die „legitimen“ Bauarbeiter. Man hat daher die Stahlhäuser als Sardinienbüchsen bezeichnet, die sowohl aus Sanitäts- als aus Bequemlichkeitsgründen zu verworfen seien. Man mag das Stahlgewicht nicht als ideale Wohnhaus sein; immerhin dürfte es einer Einzimmerwohnung in einer Mietskolonie vorzuziehen sein, und als vorübergehender Notbehelf ist es zweifellos erziehberechtig.

Aber das Stahlgewicht ist nicht das letzte Wort in Billigkeit. Zu der sehr interessanten Ausstellung „Das ideale Heim“, die zuerst in der Londoner Olympiahalle stattfand und von der „Daily Mail“ organisiert ist, sind äußerst wohlfeile Wohnhäuser aus Beton zu sehen. Das Billigste, aus Holz und Beton, kostet 1800 M., franco England und Wales und besteht aus einem Wohnzimmer, zwei Schlafzimmer, Küche, Badezimmer und Veranda. Einbau mit Badezimmer 200 M. extra. Das dabei alles ein wenig klüppelig gebilligt ist, verliert sich noch nicht, aber es ist ein recht angenehmes Haus, in dem eine kleine Familie, die weder Bauarbeiten noch Gesellschaften veranstalten, schon leben kann.

Das billigste Haus in größerer Ausmaße kostet 3980 M., hat 11 Zimmer, 12 1/2 Meter, 4,50 Meter, 2 1/2 Meter. S. 6. 6.



